Rechtsgrundlagen

1. §§ 1, 2, 2a, 8 bis 12 des Bundesbaugesetzes (BBauG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.8.1976 (BGBl. I, S. 2256, berichtigt S. 2617), geandert durch Art. 9 Nr. 1 der Vereinfachungsnovelle vom 3.12.1976 (BGBl. I, S. 3281) und durch das Gesetz zur Beschleunigung von Verfahren und zur Erleichterung von Investitionen im Städtebaurecht vom 6.7.1979 (BGBl. I, S. 949).
2. §§ 1, 4, 12 bis 2o, 22 und 23 der Baunutzungsverordnung (BauNVO) vom 15.9.1977 (BGBl. I, S. 1763).
3. §§ 1 und 2 der Planzeichenverodnung (PlanzVO) vom 3o.7.1981 (BGBl. I, S. 833).
4. § 1 der Verordnung über die Aufnahme von auf Landesrecht beruhenden Regelungen in den Bebauungsplan vom 28.1.1977 (Gesetz- und Verordnungsblatt I, S. 1o2).
5. § 118 der Hessischen Bauordnung (HBO) (Gesetz- und Verordnungsblatt I, S. 28)
6- §§ 5 und 51 der Hessischen Gemeindeverordnung (HGO) in der Fassung vom 1.4.1981 (Gesetz- und Verordnungsblatt I, S. 66).

Planungsrechtliche Festsetzungen

1. Art und Maß der baulichen Nutzung, Bauweise, überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen sind durch zeichnerische bzw. schriftliche Eintragungen im Plan festgesetzt und für die Bauausführung verbindlich.
2. Bei der Fläche für das Amtsgericht sind alle nicht für die Bebauung, die Stellplätze sowie für die Erschließung benötigten Flächen als Grünanlage zu gestalten.

   Dabei sind standortgerechte, einheimische Bäume und Sträucher zu verwenden.

   Artenbeispiele - Bäume
   - Erle (Alnus glutinosa)
   - Weide (Salix in Arten)

   Artenbeispiele - Sträucher
   - Liguster (Liguster in Arten)
   - Cornelkirsche oder Hartriegel (Cornus in Arten)
   - Traubenkirsche (Prunus padus)
   - Heckenkirsche oder Geißblatt (Lonicera xylosteum)

Bauordnungsrechtliche Festsetzungen

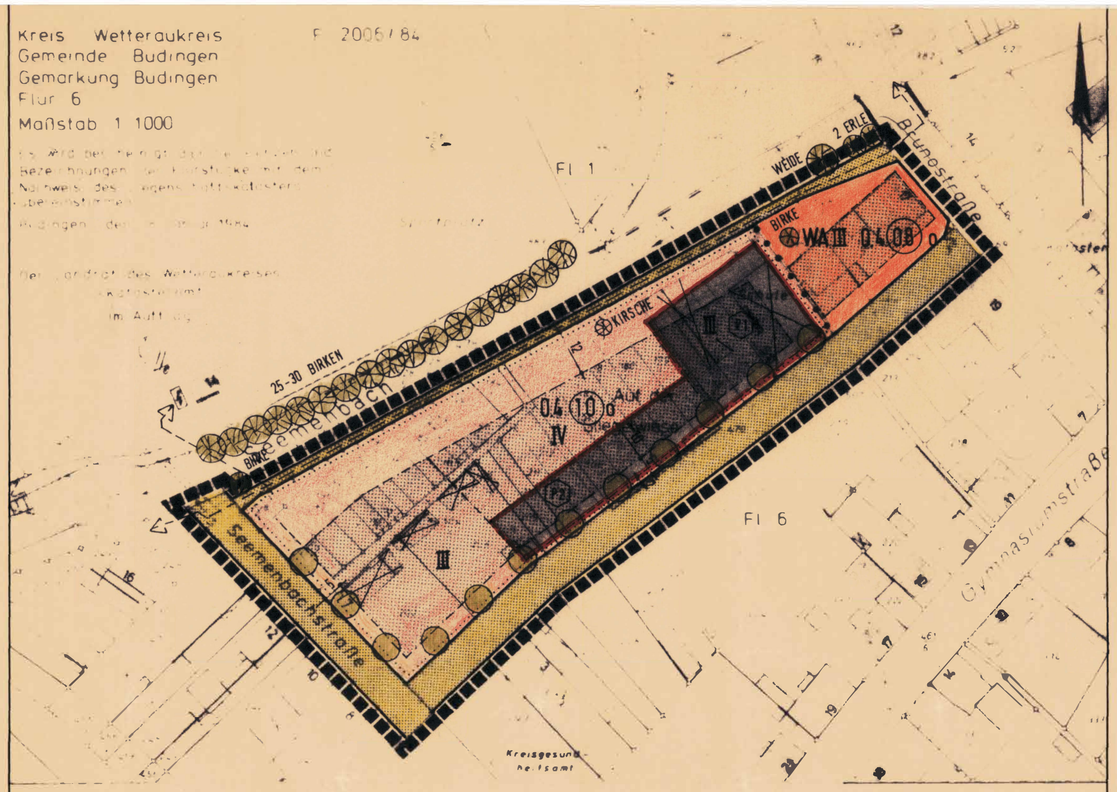
1. Flachdächer und einseitig geneigte Dächer (Pultdächer) sind nicht zugelassen. Ausnahmsweise können für einzelstehende Kleingaragen Flachdächer zugelassen werden.
2. Straßeneinfriedigungen der Fläche für das Amtsgericht sind, mit Ausnahme von niedrigen - bezogen auf die Straßen 'Stiegelwiese' und 'Seemenbachstraße' - maximal 3o cm hohen Aufkantungen zur Einfassung von Grünanlagen u.ä., nicht gestattet.
3. Offene Stellplätze sind zu den Grundstücksgrenzen hin durch eine raumlich wirksame Gehölzpflanzung einzufassen.
4. Für je 5 offene Stellplätze ist ein standortgerechter einheimischer Laubbaum zu pflanzen.

Nachrichtliche Hinweise

1. Für die ordnungsgemäße Abführung der häuslichen Abwässer sowie das anfallende Niederschlagswasser ist die allgemeine Satzung über die offentliche Ortsentwasserung und den Anschluß der Grundstücke an die offentliche Ortsentwasserungsanlage - Allgemeine Kanalsatzung - der Stadt Büdingen vom 17.3.1973 in der jeweils gültigen Fassung maßgebend.
2. Bei Zuwiderhandlungen gegen die Festsetzungen dieses Bebauungsplans bzw. der bauordnungsrechtlichen Vorschriften gilt § 156 BBauG bzw. 113 HBO.
3. Der Geltungsbereich des Bebauungsplans liegt im Hochwasserbereich des Seemenbachs.
4. Zur Gründung der Bauwerke wird die Erstellung eines Bodengutachtens empfohlen.

Kreis Wetteraukreis
Gemeinde Büdingen
Gemarkung Büdingen
Flur 6
Maßstab 1 1000

F 2006/84



Verfahrensvermerke

Aufgestellt durch Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom **12. APR. 1984**

Siegel — Büdingen, den **30. JULI 1986**

1. Stadtrat

Beteiligung der Bürger an der Bauleitplanung gem. § 2a (2) BBauG:
Die öffentliche Darlegung der Ziele und Zwecke der Planung erfolgte am **18. NOV. 1985** im Kreisanzeiger für Wetterau und Vogelsberg.

Die Erörterung der Ziele und Zwecke der Planung erfolgte in der Zeit vom **19. NOV. 1985** bis **20. DEZ. 1985**

Siegel — Büdingen, den **30. JULI 1986**

1. Stadtrat

Die öffentliche Auslegung des Entwurfs wurde von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen am **14. MRZ. 1986**

Siegel — Büdingen, den **30. JULI 1986**

1. Stadtrat

Nach Abstimmung mit den Bauleitplänen der Nachbargemeinden und Beteiligung der Träger öffentlicher Belange offengelegt in der Zeit vom **01. APR. 1986** bis **02. MAI 1986** (gem. § 2a (6) BBauG)

Siegel — Büdingen, den **30. JULI 1986**

1. Stadtrat

Als Satzung beschlossen von der Stadtverordnetenversammlung am **24. JUNI 1986**

Siegel — Büdingen, den **30. JULI 1986**

1. Stadtrat

Genehmigungsvermerk des Regierungspräsidenten

Die Genehmigung ist gem. § 6 (4) BBauG mit Wirkung vom 5. Nov. 1986 eingetreten.
DER REGIERUNGSPRÄSIDENT IN DARMSTADT
Im Auftrage
Rohrmann
(Rohrmann)

Der genehmigte Bebauungsplan sowie die Genehmigung des Regierungspräsidenten in Darmstadt vom **24. NOV. 1986** wurden gem. § 12 BBauG und § 7 (3) HGO i. V. m. § 6 (4) der Hauptsatzung der Stadt Büdingen vom 23.11.1984 am **10. DEZ. 1986** ortsüblich bekanntgemacht.
Der Bebauungsplan ist somit seit dem **11. DEZ. 1986** rechtswirksam.

Büdingen, den **11. DEZ. 1986**

1. Stadtrat

Zeichenerklärung gemäß Planzeichenverordnung vom 31.7.1981

Art und Maß der baulichen Nutzung

- WA — Allgemeines Wohngebiet
- III, IV — Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze
- 0,4 — Grundflächenzahl, GRZ
- (0,8) (1,0) — Geschoßflächenzahl, GFZ
- Fläche für den Gemeinbedarf - Amtsgericht
- Verkehrsfläche
- (P1) — Fläche für Stellplätze für Bedienstete (P1) und Besucher (P2) des Amtsgerichts
- überbaubare Grundstücksfläche
- nicht überbaubare Grundstücksfläche

Bauweisen, Grenzen

- Baugrenze
- O — offene Bauweise
- Begrenzungslinie der öffentlichen Verkehrsflächen
- Grundstücksgrenze, vorhanden
- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung
- Grenze des raumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans

sonstige Darstellungen und Festsetzungen

- Gebäude vorhanden
- Gebäude zum Abbruch vorgesehen
- wichtiger Baumbestand (z.T. außerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans)
- Flächen für das Anpflanzen von Bäumen
- Elt.- Leitungen der OVAG (nachrichtliche Übernahme)

Stadt Büdingen

Bebauungsplan Nr. 22 "Stiegelwiese"

Übersicht M 1:5000

Dr. - Ing. Klaus THOMAS
Planer und Architekt · SRL
Luisenstraße 33
6000 Frankfurt 1
Telefon 069 - 498 00 08

Okt 1985